

SPD Sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/141
26. Juli 1972

Wir haben die Frauen nicht vergessen!

SPD-geführte Bundesregierung erfüllte ihre
Versprechen

Von Dr. Herbert Ehrenberg
Staatssekretär im Bundesministerium für
Arbeit und Sozialordnung

Seite 1 und 2 / 64 Zeilen

Ein gesellschaftspolitisches Grundübel

Wirtschaftsverbrechen sind keine Kavaliers-
delikte

Seite 3 / 32 Zeilen

Angst vor "links"

Seite 4 / 21 Zeilen

Begründung nach Bedarf

Von Karl Liedtke MdB
Vorsitzender des Parteirats der SPD

Seite 4 / 20 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 686 646 / 686 647/
686 646 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Wir haben die Frauen nicht vergessen!

SPD-geführte Bundesregierung erfüllte ihre Versprechen

Von Dr. Herbert Ehrenberg

Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Die von Willy Brandt geführte Bundesregierung hat den Ausbau des sozialen Rechtsstaates stark vorangetrieben. In den Bereichen der Sozial- und Gesellschaftspolitik wurden in dieser Legislaturperiode erhebliche Fortschritte auf dem Wege zu größerer sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit erzielt. Schon innerhalb von drei Jahren sind die in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 angekündigten Vorhaben verwirklicht oder auf den Weg gebracht. Es handelt sich dabei um soziale Verbesserungen für alle Bevölkerungskreise. Vor allem die Frauen wurden nicht vergessen. Es gibt kaum ein Gesetz, das nicht auch die Frauen bessergestellt hat. Das gilt für die Weiterentwicklung der Kriegsopferversorgung, der Krankenversicherung und des beruflichen Bildungswesens sowie nicht zuletzt für die Reform der Rentenversicherung.

In der Kriegsopferversorgung wurden die Renten der 1,2 Millionen Kriegerwitwen überdurchschnittlich erhöht. Erstmals wurde damit auch für die Kriegerwitwen ähnlich wie in der Rentenversicherung ein Versorgungsniveau von 60 vH. des erwerbsunfähigen Versicherten eingeführt. Damit wurde ein Ziel erreicht, das von früheren CDU-Regierungen zwar in Aussicht gestellt worden war, aber eben auch nur auf dem Papier. Das Gesetz zur Weiterentwicklung der Kriegsopferversorgung war das erste Sozialgesetz, das die sozialliberale Bundesregierung vorgelegt hat. Und schon mit diesem ersten Gesetz hat sie bewiesen, daß sie es nicht bei papierernen Zusagen beläßt, sondern handelt. Mit diesem Gesetz wurde auch die Dynamisierung der Renten und sonstigen Geldleistungen in die Kriegsopferversorgung eingeführt. Inzwischen sind auch die Vorschriften über die Anrechnung sonstiger Einkünfte auf die Witwenrente verbessert worden. Durch all diese Reformen ist heute sichergestellt, daß die

Kriegerwitwen alljährlich in vollem Maße Anteil an der Lohn- und Gehaltsentwicklung haben. Insgesamt wurde die Witwenversorgung in einem Zeitraum von nur drei Jahren um mehr als 30 vH. aufgebessert.

In der sozialen Krankenversicherung wurden für mehr als 16 Millionen Frauen vorsorgliche Untersuchungen zur Gesundheitssicherung eingeführt. Seit dem 1. Juli 1971 können sich Frauen vom Beginn des 30. Lebensjahres an jährlich einmal vom Arzt ihrer Wahl kostenlos zur Früherkennung bestimmter Krebskrankheiten untersuchen lassen. Damit wurde ein wichtiger Weg zum Schutz der Gesundheit eröffnet.

Zum fortschrittlichen Ausbau des beruflichen Bildungswesens hat die Bundesregierung ein Aktionsprogramm beschlossen, das vor allem auch Frauen neue Chancen bietet. Für mehrere Berufe, die besonders von Frauen gewählt werden, wurden schon zukunftsorientierte Ausbildungsordnungen erlassen. Außerdem wurden Maßnahmen getroffen, die Millionen Hausfrauen und Müttern die Eingliederung oder Rückkehr in das Erwerbsleben erleichtern.

Von großer Bedeutung sind die Verbesserungsvorschläge für Frauen im Rahmen des Rentenreformprogramms der Bundesregierung. Für Millionen Mütter mit einer eigenen Rentenversicherung wird durch die Einführung eines Babyjahres die Rente aufgebessert. Für jedes lebend geborene Kind wird ein zusätzliches Versicherungsjahr angerechnet. Damit werden die rentenversicherungsrechtlichen Nachteile, die Müttern jetzt durch die Versorgung eines Kindes entstehen, abgebaut.

Für nahezu eine halbe Million Frauen schlägt die neue Rente nach Mindesteinkommen stark zu Buche. Durch diese Neuregelung werden Lohndiskriminierungen, die Frauen in der Vergangenheit hinnehmen mußten, nachträglich korrigiert. Wer früher wenig verdient hat, wird bei der Rente künftig so gestellt, als ob er ein Einkommen von 70 vH. des Durchschnittsentgelts aller Versicherten gehabt hätte. Daraus ergeben sich in vielen Fällen ganz erhebliche Rentenerhöhungen.

Für die etwa sieben Millionen nicht berufstätigen Frauen bringt das Reformprogramm der Bundesregierung eine neue Chance zu einer eigenständigen Alterssicherung. Alle Hausfrauen, die bisher von der Rentenversicherung ausgeschlossen waren, können ihr in Zukunft freiwillig beitreten. Soweit sie kein eigenes Einkommen haben, können sie die Höhe ihres Beitrages frei bestimmen. Durch diese Öffnung der Rentenversicherung wird ein erster Schritt zur Hausfrauenrente vollzogen.

Dies ist nur ein Ausschnitt der vielschichtigen Verbesserungen für Frauen. Sie machen deutlich, daß die Bundesregierung, die von Willy Brandt geführt wird, auf dem Wege des sozialen Fortschritts stets auch die Frauen in besonderem Maße berücksichtigt hat. Das wird auch in Zukunft so sein. (-/sab/26.7.1972/mi)

Ein gesellschaftliches Grundübel

Wirtschaftsverbrechen sind keine Kavaliersdelikte

Es gibt keine zuverlässigen Schätzungen über den Schaden, den die Wirtschaftskriminalität in Staat und Gesellschaft anrichtet. Hier geht es jedoch insgesamt um Milliarden, die jährlich den Bürgern und dem Staat entzogen werden und raffinierten Betrügern zufließen. Die Wirtschaftskriminalität, in hohem Maße bedingt durch die Schattenseiten der Wohlstandsgesellschaft und ein hemmungsloses Profitstreben steigt stetig an, und die bisherigen gesetzlichen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung haben sich teilweise als unzulänglich erwiesen. Hier muß noch Neuland beschrritten werden.

Eher gelingt es, den kleinen Dieb zu fassen als den Kriminellen im weißen Kragen, der durch betrügerische Manipulationen oft Millionen für die eigene Tasche ergattert und dabei straffrei ausgeht, weil ihn das Gesetz bisher nicht belangen kann und konnte. Dadurch wird nicht mehr nur der Glaube und das Vertrauen der Bürger in unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung angeschlagen, sondern auch der Boden gelegt für die Verzweiflung vieler an den Rand der Existenzvernichtung gebrachter Menschen. Bereicherungsquellen, die sich skrupellosen Tätern bieten, sind ein gesellschaftliches Grundübel von zersetzender Wirkung.

Das von Gerhard Jahn geleitete Bundesjustizministerium ist zu seinem Beschluß zu begrüßen, eine aus unparteiischem Sachkennern zusammengesetzte Kommission zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität zu bilden. Die Zeit ist überreif dafür. Die Kommission steht vor einer nicht leichten, aber umso dankenswerteren Aufgabe. Sie hat nicht nur die weiten und oft auch unüberserbaren Verästelungen der Wirtschaftsverbrechen aufzuspüren - ein Bemühen, das der Durchforstung eines üppig wuchernden Dschungels gleichkommt. Sie hat auch Vorschläge zu machen, wie man diesen Übeltätern künftig das Handwerk legen kann. Denn Wirtschaftsverbrechen sind keine Kavaliersdelikte.

(-/sab/25.7.1972/ml)

Angst vor "links"

Zu den Wahlkampfparolen, mit denen die beiden "Unions"-Parteien den Weg zurück ins Bundeskanzleramt erzwingen möchten, gehört das Geschrei von dem "Linksruck" der SPD in eine "Volksfront"-Situation. In den Gehirnen der CDU- und CSU-Wahlstrategen ist dabei alles "links", was sich in konservativen Gedankengängen und Emotionen nicht mehr unterbringen läßt. Auf diese Weise wird schon der Begriff Reform an sich zur Gefahr für ein Besitzbürgertum, das sich an althergebrachte Privilegien klammert und die manchmal gewiß überartikulierten Vorstellungen der Jungsozialisten als den ersten Schritt ins nihilistische Chaos fürchtet.

Der nordrhein-westfälische SPD-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Heinz Kühn, hat als autorisierter Sprecher der Partei diesem Wahl- und Wehgeschrei der "Union" die Luft abgedrückt. Für die SPD und für jedes ihrer Mitglieder ist und bleibt das Godesberger Programm gültig und verbindlich. Vielleicht läßt die CDU-Zentrale dieses sozialdemokratische Grundprogramm auf CDU-Kosten nachdrucken und an alle CDU-Mitglieder verteilen, damit deren Wissensbereich auf das notwendige Maß erweitert wird.

(ee/cc/26.7.1972/bgy)

+ + +

Begründung nach Bedarf

Von Karl Liedtke MdB

Vorsitzender des Parteirats der SPD

Der Staatssekretär Dr. Günter Wetzel war von Bundesminister Georg Leber bei Übernahme des Verteidigungsministeriums in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Das ist nicht ungewöhnlich bei engsten Mitarbeitern eines Ministers. Herr Wetzel quittierte diese Anordnung mit seinem Austritt aus der SPD. Ein Fall mehr, daß "politische Überzeugung" eng verknüpft wurde mit dem persönlichen beruflichen Status. Alle angehängten scheinbaren Sachargumente wie "mangelndes Eingreifen der SPD gegen radikale Kräfte" oder die beliebte Leerformel, "die Partei hat sich geändert, ich nicht", sind nichts anderes als ein hohles Wortgeklänge.

Daß Herr Wetzel nun nach nur 14 Tagen "Denkpause" in den konservativen Schoß der CDU strebt, ist nicht weiter verwunderlich. Seine Begründung für diesen Schritt mußte er auf Weisung des neuen Dienstherrn freilich ändern. Nun geht es ihm um Stabilität, Fortschritt und Freiheit.

Landsknechte der Politik gibt es auch in der Demokratie.

(-/ee/26.7.1972/bgy)

+ + +